



informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt
Nummer 42 | Frühsommer 2013

Homo- & Transphobie

- Seite 3: Vor Gericht I: Bekennender Neonazi Francesco L. nach Gruppenangriff erneut vor Gericht
- Seite 4: Vor Gericht II: Über den Berufungsprozess gegen zwei Rechte am Landgericht Stendal
- Seite 6: Interview mit LesMigraS zu Handlungsstrategien gegen Diskriminierung und Gewalt
- Seite 9: Vor Ort: „Die Schmiede e.V.“ aktiv gegen Homophobie in der Altmark
- Seite 10: Interview zu schwulem Leben auf dem Land
- Seite 12: Termine: CSD in Magdeburg und Halle / Buchtipp: Graphic Novel „Fun Home“

▶ beraten ◀ ▲ unterstützen ▲ intervenieren ▶▶

Liebe Leser_innen, liebe Freund_innen,

mit der vorliegenden Ausgabe wollen wir Homo- und Transphobie und damit die Ablehnung und Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierungen oder Geschlechtsidentitäten beleuchten, Handlungsstrategien aufzeigen und zugleich Betroffene ermutigen, unser Beratungs- und Unterstützungsangebot in Anspruch zu nehmen.

Wie alltäglich und gravierend Diskriminierung, Angst und Isolation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) innerhalb Europas sind, belegt eine zum Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie am 17. Mai vorgestellte Untersuchung der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) zu entsprechenden Hassverbrechen und Diskriminierung. So erinnerten sich 80 Prozent der Befragten an negative Äußerungen oder schikanöses Verhalten gegenüber LGBT-Personen während ihrer Schulzeit. Mehr als ein Viertel der Teilnehmenden wurde in den vergangenen fünf Jahren angegriffen oder mit Gewalt bedroht, wobei Transgender-Personen am stärksten betroffen waren: Ca. 30 Prozent gaben an, allein im Vorjahr mehr als drei Mal Opfer von Gewalt(androhungen) geworden zu sein. Gemeldet werden die Fälle selten: Etwa die Hälfte der befragten Betroffenen hatte den Eindruck, von der Polizei keine Hilfe erwarten zu können.

Zu ähnlichen Resultaten kam 2012 auch die bundesweite Studie von LesMigraS, welche die Situation von lesbischen/bisexuellen Frauen und Trans*Menschen im Zusammenhang mit Gewalt und Mehrfachdiskriminierungen – besonders in Bezug auf Rassismus – untersucht hat. Über Spezifika und nötige Veränderungen sprachen wir mit der Leiterin von LesMigraS (S. 6). Wie konkrete Arbeit gegen Homo- und Transphobie im ländlichen Raum aussehen kann, wo es zumeist an Anlaufstellen für Betroffene oder spezifisch qualifizierten Pädagog_innen mangelt, zeigt das Engagement der „Schmiede e.V.“ in der Altmark (S.9). Außerdem haben wir mit einem Kooperationspartner und seinem Lebensgefährten über ihr Leben auf dem Land gesprochen (S.10).

Im März 2013 hat der „Lesbisch-Schwule Runde Tisch Sachsen-Anhalt“ einen Entwurf für einen „Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie“ vorgestellt. Nun ist die Landesregierung gefragt, konkrete Schritte zur Umsetzung zu gehen. Eine Möglichkeit, diese Forderung zu unterstützen, bieten die Veranstaltungen rund um den Christopher-Street-Day (CSD) in Magdeburg und Halle (S.12). Wir hoffen auf Ihre und Eure zahlreiche Beteiligung.

Das Team der Mobilen Opferberatung

Die **informationen** der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die **informationen** können auch per Email bezogen werden. Wenn ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion: Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.), Haidy Damm

Gestaltung: krannich | typso Druck: Druckzuck (Halle/Saale)

Titelfoto: Steffi Wiegand/www.tapioca-fotografie.de; Aktion von lambda::bb
für ein queeres Jugendzentrum in Berlin am IDAHO(T), 17.05.2012



getragen von:



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt

VOR GERICHT I:

LANDGERICHT MAGDEBURG BESTÄTIGT HAFTSTRAFE FÜR BEKENNENDEN NEONAZI

Am 3. März 2012 wurden zwei Alternative in einer S-Bahn nach Schönebeck von einer teilweise verummten Gruppe Rechter angegriffen. Im Oktober vergangenen Jahres verurteilte das Amtsgericht Schönebeck einen zur Tatzeit 18-jährigen sowie einen 26-jährigen Neonazi zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung bzw. neun Monaten Freiheitsstrafe.

Bei dem jüngeren Angeklagten flossen eine weitere politisch rechts motivierte Körperverletzung sowie eine antisemitische Bedrohung in das Urteil ein, das mittlerweile rechtskräftig ist. Da der einschlägig vorbestrafte, 26-jährige Francesco L. Berufung einlegte, wurde am 18. April 2013 vor dem Landgericht Magdeburg noch einmal verhandelt.

So mussten die Betroffenen erneut schildern, wie sie in den frühen Morgenstunden in eine S-Bahn stiegen und nur wenig später von einer etwa 6-köpfigen Gruppe teils verummter Rechter umzingelt wurden. Einer der Angegriffenen, ein heute 25-jähriger Alternativer, schilderte, wie Francesco L., der inzwischen verurteilte Täter sowie ein Unbekannter ihm den Weg verstellten, als er versuchte zu entkommen. Schließlich sei es ihm gelungen wegzurennen, er sei jedoch von der Dreiergruppe eingeholt und von dem 18-Jährigen geschlagen worden. Von weiteren Schlägen aus der Gruppe sei er schließlich zu Boden gegangen, wo auf ihn eingetreten wurde.

Andere Angreifer zogen dem zweiten, damals 23-jährigen Betroffenen die Jacke über den Kopf und schlugen auf ihn ein. An der nächsten S-Bahn-Station gelang es beiden zu fliehen. Der 25-Jährige erlitt eine Verstauchung am Daumen, Hämatome am ganzen Körper sowie Prellungen am Kopf, der 23-Jährige Schmerzen am Nasenbein, Kiefer, Rücken und Kopf.

ÜBERZEUGTER NEONAZI

Francesco L. bestritt vor dem Landgericht eine Tatbeteiligung. Er bestätigte allerdings seine polizeiliche Aussage, in der S-Bahn gewesen zu sein. Am Angriff habe er sich jedoch nicht beteiligt – er sei ja noch auf Bewährung gewesen. Die anderen kenne er von rechten Veranstaltungen. Seine Kameraden verriet er allerdings auch vor dem Landgericht nicht.

Bereits als 19-Jähriger hatte Francesco L. im Januar 2006 gemeinsam mit drei weiteren Rechten einen 12-jährigen Schwarzen Deutschen in Pömmelte über eine Stunde schwer misshandelt. Als Haupttäter war er dafür zu einer dreieinhalbjährigen Jugendstrafe verurteilt worden. Seit

1. JANUAR HALLE (SAALE)

Am Neujahrsmorgen wird ein 35-Jähriger auf einer privaten Feier von einem Unbekannten rassistisch beleidigt. Als er daraufhin gehen will, wird er noch an der Wohnungstür von mehreren, zum Teil verummten Angreifern u.a. mit Reizgas attackiert. Er versucht zu fliehen, wird aber so massiv geschlagen und getreten, dass er kurzzeitig das Bewusstsein verliert. Stark am Kopf blutend gelingt es dem Betroffenen schließlich, ein nahe gelegenes Polizeirevier zu erreichen. Er erleidet u.a. eine Kopfplatzwunde und muss ambulant behandelt werden. Zudem verliert er infolge des Angriffs mehrere Zähne. Der Staatsschutz ermittelt.

1. JANUAR KÖTHEN (ANHALT- BITTERFELD)

Gegen Mitternacht sind zwei Jugendliche in der Stadt unterwegs, als sie plötzlich Sprüche wie „Macht Euch ab, ihr Zecken!“ und „Heil Hitler“-Rufe hören und merken, dass sie von zwei Männern verfolgt werden. Sie versuchen zu flüchten, werden aber eingeholt. Dann schlägt einer der beiden Verfolger einen Jugendlichen zu Boden und tritt auf ihn ein, u.a. auch mehrfach in sein Gesicht. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

12. JANUAR BURG (JERICHOWER LAND)

Gegen 19:15 Uhr stürmen plötzlich etwa 20, teilweise verummte Rechte in Bahnhofsnahe auf mehrere linke Jugendliche zu, die gerade auf dem Rückweg von Protesten gegen den Neonaziaufmarsch in Magdeburg sind. Unter Beleidigungen schlagen und treten sie auf die Gruppe ein. Drei Betroffene werden verletzt. Der Polizei gelingt es, mehrere Tatverdächtige festzustellen.

3. FEBRUAR MAGDEBURG

Nach einem Konzert in der „Factory“ werden mehrere Antifas gegen 5:00 Uhr von zwei Männern aus dem Umfeld der Band „Elbroiber“ angegriffen. Ein Betroffener wird geschlagen, getreten und beschimpft. Personen, die helfen wollen, werden ebenfalls geschlagen. Vor dem Angriff hatten die Betroffenen Kritik an der auch in der Punkszene beliebten Rechtsrockband geäußert.

10. FEBRUAR BAD KÖSEN (BURGENLANDKREIS)

Während einer Faschingsveranstaltung werden zwei 30- und 36-jährige aus Tunesien bzw. Marokko stammende Männer kurz nach 3:00 Uhr aus einer Gruppe Unbekannter heraus rassistisch beleidigt und angegriffen. Als die Polizei eintrifft, sind die Angreifer geflüchtet. Der 30-Jährige erleidet u.a. eine Kopfplatzwunde und muss stationär behandelt werden, der 36-Jährige Prellungen.

seiner Haftentlassung ist er in der Schönebecker Kameradschaftsszene aktiv. 2009 wurde er wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer viermonatigen Freiheitsstrafe verurteilt und seine Bewährungszeit bis Dezember 2013 verlängert.

STRAFMASS BESTÄTIGT

„Wir sind keine Nazis!“, erklärt sich der 25-jährige Alternative vor Gericht das Angriffsmotiv. Zudem sei im Ort bekannt, dass sein Vater nicht deutsch sei. Von den Drohgebärden der zahlreicher Unterstützer der Angeklagten am Rande des Prozesses am Amtsgericht – so waren die Betroffenen im Anschluss an ihre Aussagen vor dem Gerichtsgebäude von einem Rechten abgefilmt worden – hatten sie sich nicht einschüchtern lassen. Zur Berufungsverhandlung hatte nur ein augenscheinlich Rechter den Weg zum Landgericht gefunden.

Das Gericht hatte keine Zweifel an der Identifizierung L.s durch einen der Betroffenen und bestätigte das erstinstanzliche Urteil. Zudem verwies es ebenfalls auf die rechte Tatmotivation sowie die einschlägigen Vorstrafen, die strafschärfend zu berücksichtigen seien. Auch dieses Mal legte L. Rechtsmittel ein. Ob dem Antrag auf Revision stattgegeben wird, prüft jetzt das Oberlandesgericht Naumburg. ■

VOR RICHT II:

BERUFUNGSVERHANDLUNG IN STENDAL: HAFTSTRAFEN FÜR ZWEI RECHTE

Zwei Jahre nach einem brutalen Angriff in Stendal auf einen Mann aus Serbien fand von März bis April 2013 der Berufungsprozess vor dem Landgericht Stendal statt, nachdem beide Angeklagte Rechtsmittel eingelegt hatten. Für den als Nebenkläger auftretenden Betroffenen war die erneute Verhandlung sehr belastend. Er leidet nach wie vor unter den psychischen Folgen des Angriffs.

Am späten Abend des 19. Februar 2011 wurde der damals 35-jährige Gebäudereiniger vor einer Gaststätte von zwei Rechten rassistisch beleidigt und bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen. Infolgedessen erlitt er eine Amnesie sowie Prellungen, eine Nasenbeinfraktur und eine Stirnverletzung, die über sechs Monate lang nicht abheilte. Zudem leidet er bis heute unter plötzlich auftretendem Schwindel und wiederkehrendem Kopfschmerz. Zwar ist mittlerweile ein Teil seiner Erinnerung zurückgekehrt, die Gedächtnislücken belasten ihn aber nach wie vor. So waren die Fotos vom blutbedeckten Pflaster am Tatort, die ihm erstmals vor dem Amtsgericht vorgelegt wurden, ein Schock für ihn. Auch ist dem

Betroffenen bis heute unklar, wie er von der Gaststätte zu der etwa 150 Meter entfernten Stelle gelangte, an der er aufgefunden wurde.

EXTREME BRUTALITÄT

Da die einschlägig vorbestraften Angeklagten, von denen der Jüngere zur Tatzeit unter Bewährung stand, sich gegenseitig beschuldigten, konnte zwar der grobe Ablauf nachvollzogen werden. Die Brutalität und Anzahl der Schläge mussten aber entlang der Aussagen unbeteiligter Zeug_innen sowie des medizinischen Sachverständigen rekonstruiert werden. So sagte eine Anwohnerin aus, sie habe das Geräusch von Schlägen und Tritten sowie die Schmerzenslaute einer Person bis in ihr Schlafzimmer gehört. Das sei minutenlang so gegangen. Schließlich sei ein Satz gefallen wie: „Lass den Kanaken liegen!“. Als sie mit ihrem Freund bei dem Verletzten eintraf, habe dieser in einer Blutlache gelegen.

Der damals 24-jährige Angeklagte L. behauptete, er selbst habe den Betroffenen die meiste Zeit lediglich „belegt“. „Scheiß Ausländer“ und „Kanake“ sind nur ein Teil der Beleidigungen, die er vor Gericht bereitwillig aufzählte. Erst gegen Ende habe er einmal zugeschlagen, um „die Sache zu beenden“. Da der Betroffene mittlerweile bewusstlos war, habe er ihm noch eine „Backpfeife zum Muntermachen“ gegeben. Als das keine Wirkung zeigte, sei man weggegangen. Zugleich sprach er davon, dass das Gesicht des Verletzten zu diesem Zeitpunkt nur noch eine „blutige Masse“ gewesen sei.

VERHARMLOSUNG VON RASSISMUS

Der zur Tatzeit 33-jährige O., der seit einer Bedrohung des Betroffenen in U-Haft saß und vorgeführt werden musste, versuchte sogar, sich selbst als Opfer darzustellen. Er habe sich lediglich zur Wehr gesetzt. In seinem Schlusswort betonte er entgegen der Einlassung seines Kameraden, dass er niemanden kenne, der „Scheiß Ausländer“ sage.

Unmittelbar davor hatte sein Verteidiger noch versucht, im Gerichtssaal einen rassistischen Konsens herzustellen. So unterstellte er den Anwesenden Verständnis für die rassistischen Äußerungen: „Wir haben hier einen jugoslawischen Mitbürger (...) Da können wir alle nachvollziehen, dass man sowas sagt.“

In seinem Plädoyer bezeichnete der Staatsanwalt die Tat als „menschenerachtend“. Die Motivation sei im Strafmaß zu berücksichtigen. Demgegenüber hielt der Vorsitzende Richter ein rassistisches Motiv zwar für möglich, aber „unbewiesen“. Und blieb mit seinem Urteil unter dem des Amtsgerichts, das 2,4 bzw. drei Jahre Haft verhängt hatte: L. wurde zu einem Jahr und zehn Monaten und O. zu zwei Jahren Haft verurteilt. Zudem müssen beide Schmerzensgeld an den Betroffenen zahlen. ■

15. FEBRUAR WEISSENFELS (BURGENLANDKREIS)

Gegen 22:30 Uhr klingeln mehrere junge Männer an der Wohnungstür eines 18-jährigen Schwarzen Deutschen. Als der Jugendliche die Tür öffnet, dringen sie in die Wohnung ein und schlagen im Beisein seiner Freundin auf ihn ein. Der Betroffene erleidet Hämatome. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

25. FEBRUAR BAD DÜRRENBURG (SAALEKREIS)

Gegen 13:30 Uhr packt ein Unbekannter auf dem Markt plötzlich einen 12-Jährigen syrischer Herkunft an seiner Jacke, drückt ihn gegen eine Hauswand und schlägt ihm ins Gesicht. Dann entfernt sich der Angreifer. Der Staatsschutz ermittelt.

28. FEBRUAR WEISSENFELS (BURGENLANDKREIS)

Gegen 17:00 Uhr wird ein 31-Jähriger am Bahnhof von einem Mann angepöbelt, rassistisch beleidigt und bedroht. Dann schlägt der Mann den gebürtigen Iraker mehrfach ins Gesicht. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung gegen einen 33-Jährigen.

2. MÄRZ BAD DÜRRENBERG (SAALEKREIS)

Während einer Disko in einem Imbiss äußert ein 28-Jähriger Unverständnis über die Anwesenheit mehrerer Rechter. Kurz darauf schlägt ihm einer der Rechten ins Gesicht. Etwas später wird der Alternative vor dem Lokal erneut von dem Rechten angegriffen. Ein weiterer wirft eine Bierflasche auf ihn. Er muss u.a. mit Kopfverletzung und Handfraktur im Krankenhaus behandelt werden. Als der Betreiber die Party beenden will, wird er rassistisch beleidigt und der sog. Hitlergruß gezeigt.

4. MÄRZ FARNSTÄDT (SAALEKREIS)

Nach einem leichten Verkehrsunfall wird ein 22-Jähriger von einem weiteren Beteiligten so massiv rassistisch beschimpft, dass der Kosovare zu flüchten versucht. Der Unbekannte holt ihn ein und schlägt ihm mehrfach gegen den Oberkörper. Die Polizei ermittelt gegen einen 33-Jährigen.

12. MÄRZ WERNIGERODE (HARZ)

Ein 21-Jähriger gerät am Morgen beim Schneeräumen vor einem Haus mit dem Fahrer eines Räumfahrzeuges in Streit. Dabei wird er rassistisch beleidigt und schließlich von dem 48-Jährigen umgestoßen. Der Betroffene wehrt sich mit dem Schneeschieber.

„ES IST WICHTIG, HANDLUNGSSTRATEGIEN ZU ENTWICKELN“

Seit 14 Jahren engagiert sich das interkulturelle Team von LesMigraS in Trägerschaft der Lesbenberatung Berlin e.V. hauptsächlich gegen Mehrfachdiskriminierungen sowie für die Selbstermächtigung und Vernetzung lesbischer und bisexueller Migrant_innen und Schwarzer Frauen. Seit 2008 hat LesMigraS den Bereich der Lesbenberatung zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung von lesbischen und bisexuellen Frauen und Trans* allgemein mit übernommen und vereint nunmehr den Antidiskriminierungs- und Antigewaltarbeitsbereich. Über ihr Selbstverständnis, die Ergebnisse ihrer aktuellen Studie sowie zu Kürzungsandrohungen des Berliner Senats sprachen wir mit Saideh Saadat-Lendle.

Was sind eure Ziele, Zielgruppen und Angebote?

Wir treten gegen alle Formen von Gewalt und Diskriminierungserfahrungen unserer Zielgruppe ein, also von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans*Personen¹ und lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans*Personen of Colour oder mit Migrationsgeschichte. Dazu gehören Erfahrungen mit Rassismus, Homo- und Trans*phobie sowie Sexismus. Dazu bieten wir Workshops oder Filmabende an, sowohl für Betroffene als auch für Unterstützer_innen. Mehrmals im Jahr machen wir zudem öffentliche Aktionen. Außerdem bieten wir Beratung an und begleiten Betroffene zur Polizei, zu Rechtsanwält_innen oder zu Ämtern. Wichtig ist uns zudem, Handlungsstrategien zu entwickeln, mit denen Communities arbeiten können. Auch damit sie Betroffene aus ihren Netzwerken unterstützen können, ohne sie erneut zu stigmatisieren oder zu diskriminieren.

Von 2010 bis 2012 habt ihr eine umfangreiche, quantitative sowie qualitativ Studie durchgeführt, die im September 2012 öffentlich vorgestellt wurde. Was war eure Intention?

Wir wollten einen genaueren Blick auf die Situation von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans*Menschen, lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans*Menschen mit Migrationsgeschichte und lesbischen und bisexuellen Frauen of Colour im Zusammenhang mit Gewalt und Mehrfachdiskriminierungen werfen. Darüber hinaus haben wir gefragt, welche Handlungsstrategien haben die Teilnehmenden, was empfehlen sie uns auch bezüglich der Öffentlichkeit und welche Hinweise geben sie für spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote.

¹ Der Begriff Trans schließt alle Personen ein, deren Geschlechtsidentität(en) und/oder Geschlechtsausdrücke sich von dem Geschlecht unterscheiden, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Der Stern dient als Platzhalter für ein breites Spektrum an Identitäten und Lebensweisen, auch solchen, die sich hinsichtlich ihres biologischen und/oder sozialen Geschlechts nicht verorten (lassen) wollen.

Eines eurer Ergebnisse ist, dass Diskriminierung im Alltag von den Betroffenen oftmals als Normalität wahrgenommen wird und auch Gewalt erschreckend präsent im Leben von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans*Personen ist. Woran wurde dies besonders deutlich?

Vor allem an der qualitativen Studie. Viele Menschen, die aufgrund multipler Zugehörigkeiten zu besonders verletzlichen Gruppen zählen, berichteten von massiven Alltagsdiskriminierungen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Teilnehmenden Diskriminierung und Gewalt zwar erfahren, aber gleichzeitig sagen, 'das ist normal'.

Welche Spezifika habt ihr im Zusammenhang von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Menschen, die sich in mehreren marginalisierten Positionen befinden, also beispielsweise für LGBTIQ*² of Color, festgestellt?

Lesbische und bisexuelle Frauen und Trans*Personen of Colour oder mit Migrationsgeschichte erleben häufiger, dass sie unter anderem bei der Arbeit Diskriminierung erfahren. Oft ist auch die Qualität der Erfahrungen spezifisch, besonders wenn Heterosexismus mit Rassismus vermischt wird, indem die Erfahrungen von Menschen, die sie selbst mit Homophobie machen, kulturalisiert werden. Das ist auch einer der Gründe, warum Personen häufig in ihrer LSBTI-Community keine Unterstützung erfahren. Ein weiterer Unterschied ist, dass mehr als 50 Prozent der Teilnehmenden beschreiben, dass sie aufgrund der mehrfachen Möglichkeiten nicht sofort verstehen, warum habe ich diese Diskriminierung erfahren. Das ist für die Betroffenen häufig unklar, entsprechend ist es auch schwerer, eine Handlungsstrategie zu entwickeln und sich sofort zu wehren.

Führen diese Erfahrungen auch dazu, dass sich Betroffene seltener Unterstützung suchen oder zur Polizei gehen?

Sie gehen überwiegend nicht zur Polizei, das ist eher die Ausnahme als die Regel. Gerade aufgrund des racial profiling, weil alle Erfahrungen haben mit Polizeikontrollen aufgrund ihrer Hautfarbe, entweder persönlich oder in der Familie.

Welche Empfehlungen an spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote lassen sich aus den Studienergebnissen ableiten?

In unserer Arbeit mit Mehrfachdiskriminierungen müssen wir gleichzeitig Antirassismuserbeit leisten wie gegen Sexismus bzw. Trans*Diskriminierung oder Homophobie. Es gibt aber nur wenige Sensibilisierungsmethoden,

² aus dem englischen kommende Abkürzung für lesbian, gay, bisexual, transgender/sexual, intersexual, queer (lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, intersexuell, queer); Queer verweist u.a. auf Praktiken, gesellschaftliche Positionen und Analysen, die zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normen infrage stellen und betont die eigenen, davon abweichenden Geschlechtsidentitäten und/oder Lebensformen.

30. MÄRZ VOCKERODE (LANDKEIS WITTENBERG)

Am Ostersonntag werden drei Flüchtlinge gegen 18:00 Uhr auf dem Weg in ihre Unterkunft von mehreren, alkoholisierten Männern rassistisch beschimpft, mit Bierflaschen beworfen und verfolgt. Etwas später skandiert ein Trio vor der Unterkunft rassistische Parolen. Dann verschaffen sich zwei der Rechten Zugang in einen der Wohnblocks, treten eine Wohnungstür ein und greifen zwei Menschen an. Mehrere Bewohner_innen hindern die Angreifer an der Flucht. Noch vor den Augen der Polizei wird ein Flüchtling von einem der Rechten ins Gesicht geschlagen.

2. APRIL MAGDEBURG

Gegen 17:00 Uhr, kurz vor Öffnung seines italienischen Restaurants in Stadtfeld-Ost, bemerkt der Inhaber, wie ein Unbekannter auf seine umzäunte Terrasse uriniert. Als der 51-Jährige den Mann und seine Begleiterin daraufhin seines Grundstücks verweist, wird er rassistisch beleidigt. Mit der Begründung, der Italiener sei hier „nur zu Gast“, weigern sich beide zu gehen. Dann wird er von dem Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die Unbekannten fliehen, bevor die von einer Mitarbeiterin gerufene Polizei eintrifft. Der Betroffene erleidet Prellungen und Schürfwunden am Arm und Rücken.

21. APRIL BAD KÖSEN (BURGENLANDKREIS)

Gegen 22:00 Uhr bemerken der Betreiber eines arabischen Imbiss und seine Gäste, wie ein Rechter direkt vor dem Lokal lautstark rassistische Parolen grölt. Als der 36-Jährige mit einigen Freunden rausgeht, ruft der aggressiv auftretende Mann u.a. „Scheiß Ausländer“ und „Das ist meine Stadt“. Zwei weitere Rechte stimmen in die rassistischen Pöbeleien ein. Dabei zerschlagen sie Bierflaschen. Einer von ihnen zeigt den sog. Hitlergruß und ruft „Sieg Heil“. Zudem wird dem Besitzer gedroht, den Imbiss anzuzünden, wenn er die Polizei rufe. Dieser begibt sich mit seinen Freunden wieder ins Lokal und alarmiert die Polizei. Als Beamte eintreffen, können sie noch in Tatortnähe drei Verdächtige feststellen, die sich gegen die Identitätsfeststellung aktiv zur Wehr setzen.

25. APRIL GRÖNINGEN (BÖRDE)

In einem Döner-Imbiss wird der 32-jährige, türkischstämmige Gastwirt am Abend unvermittelt von einem Unbekannten rassistisch beschimpft und an Hals und T-Shirt gepackt. Dann verlässt der Angreifer das Lokal. Der Betroffene erleidet Hautabschürfungen am Hals. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

die verschiedene Diskriminierungen ansprechen. In diesem Bereich wird zu wenig investiert. Außerdem braucht es eine bessere Ausbildung für Therapeut_innen und die Anerkennung von therapeutischen Ausbildungen und Kassenzulassungen genauso wie von Therapeut_innen of Colour.

Welche Forderungen ergeben sich daraus an die Politik?

Es braucht auf jeden Fall mehr Projekte im ländlichen Raum. Viele Teilnehmende haben uns darauf hingewiesen, dass sie weite Wege auf sich nehmen müssen oder sie rufen lieber in Berlin an und lassen sich am Telefon beraten. Denn wenn sie weit fahren müssen, haben sie hohe Fahrtkosten. Das nehmen sie in Kauf, aber sie wünschen sich, dass die Beratung dann wenigstens kostenfrei ist.

Ein weiteres Ergebnis war, dass die geringsten Diskriminierungserfahrungen an lesbischen/bisexuellen Orten gemacht werden. Zugleich wurde aber deutlich, dass sich vorhandene Schutzräume mit zunehmender Verletzlichkeit aufgrund multipler Zugehörigkeiten reduzieren. Welche Auseinandersetzungen – auch innerhalb alternativer Kontexte – wären hier nötig?

Es ist sehr deutlich geworden, dass sich viele Teilnehmende eine Auseinandersetzung innerhalb der LSBTIQ-Communities wünschen. Es gab mehrere hundert Kommentare im Bereich der Selbstdefinition, über Zuschreibungen und Kategorien von außen und die Frage, was ist Identität. Darüber hinaus braucht es dringend eine Auseinandersetzung über Trans*-Diskriminierungen, beispielsweise in Sportvereinen, die sie nicht aufnehmen, aber auch in lesbischen Zusammenhängen. Viele Teilnehmende wünschen sich auch eine stärkere Auseinandersetzung über Rassismus in den eigenen Communities.

Ende April 2013 wurde euch vom Berliner Senat für Gesundheit mitgeteilt, dass der Lesbenberatung noch im laufenden Jahr 15.000 Euro gestrichen werden sollen. Dagegen habt ihr u.a. eine Online-Petition gestartet und eine Kundgebung durchgeführt. Wie ist der aktuelle Stand?

In der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und im Abgeordnetenhaus soll die Frage nochmal behandelt werden und es soll eine Alternative zu den Kürzungen geben. Allerdings ist das Ergebnis noch offen. Spannend in diesem Konflikt ist aber, dass uns diese Kürzung gezeigt hat, wir müssen als Beratungsstelle mehr in die Offensive gehen und politischer werden. Schon dass es offensichtlich Alternativen gibt, hat uns gezeigt, dass es sich lohnt, sich zu wehren und nicht hinzunehmen, dass soziale Projekte immer mehr gekürzt werden, während Millionen Euro in Großprojekte wie den Flughafen gesteckt werden. Das ist ein Erfolg, nicht nur für uns, sondern für alle, die mit uns aktiv geworden sind.

Vielen Dank für das Gespräch!

Eine Langfassung des Interviews finden Sie unter: www.mobile-opferberatung.de

VOR ORT:

„DIE SCHMIEDE E.V.“ IN POLKAU (ALTMARK) AKTIV GEGEN HOMOPHOBIE

Bereits seit fast zwei Jahrzehnten bietet der im altmärkischen Dorf Polkau ansässige Jugendaustausch- und Kulturverein „Die Schmiede e.V.“ selbstorganisierte Alternativen zu betreuten Jugend- oder Kultureinrichtungen und engagiert sich gegen Ausgrenzung. Das Outing zweier Mitglieder führte im Verein zu einer intensiven Beschäftigung mit Homophobie und der Situation betroffener Jugendlicher und Heranwachsender im ländlichen Raum. Schnell wurde klar, dass sich etwas ändern muss.

Deshalb verschickte der Verein Anfang Juni 2012 einen offenen Brief an über 30 Einrichtungen und politisch Verantwortliche im Landkreis, um für Diskriminierungen, Ausgrenzung und Gewalt gegen homosexuelle Jugendliche in Schule, Lehre oder der Jugendarbeit zu sensibilisieren sowie auf fehlende Angebote für Betroffene, ihre Angehörigen und Pädagog_innen hinzuweisen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR BETROFFENE

Zugleich kündigte die „Schmiede“ an, als – zur Zeit einziger – Anlaufpunkt für schwule, lesbische und bisexuelle Jugendliche, Erwachsene und deren Familien im Landkreis Stendal fungieren zu wollen. Und bat um Unterstützung bei dem Vorhaben, Homosexualität u.a. im Schulunterricht zu thematisieren und zum Abbau von Diskriminierungen und Gewalt im Landkreis beizutragen.

Doch die erhoffte Resonanz blieb weitestgehend aus. Deshalb nutzten vier Vereinsmitglieder Mitte März 2013 die u.a. vom Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch Sachsen-Anhalt organisierte Fachkonferenz zum „Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan“ gegen Homo- und Transphobie als Chance, für ihr Anliegen zu werben. In Weihnachtsmannkostümen sowie Schildern mit Aufschriften wie „Altmark – homophobiefreie Zone“ und „Schöne Bescherung“ unterbrachen sie das Grußwort der Ministerin für Justiz und Gleichstellung, Angela Kolb: „Wir glauben nicht mehr an den Weihnachtsmann. Aber wir glauben daran, dass es möglich sein wird und muss, dass in der Altmark Homophobie und Sexismus raus aus den Schulen kommen!“, so der Mitbegründer des Vereins, Lothar Zahn, während seiner Rede.

Zuspruch und Ermutigung erhielt die „Schmiede“ zudem bei ihrem am Ostersamstag Ende März auf dem Vereinsgelände veranstalteten „Fußball gegen Sexismus und Homophobie“ von den etwa 60 Besucher_innen. Jede_r, der einmal den Weg in die „Schmiede“ gefunden hat, sei beeindruckt von dem außergewöhnlichen, 6000 m² umfassenden Gelände, so die Vereinsvorsitzende, Eva Bretschneider. So bieten die Räumlichkeiten

29. APRIL MAGDEBURG

Gegen 23:40 Uhr wird ein 42-Jähriger beim Einsteigen in eine Straßenbahn von einer Gruppe verfolgt. In der Bahn wird der aus Niger stammende Mann unter rassistischen Parolen von mehreren Personen körperlich attackiert, sodass er in der Folge ambulant behandelt werden muss. Die Polizei nimmt noch vor Ort sechs Männer zwischen 22 und 42 Jahren vorläufig fest.

9. MAI BURG (JERICHOWER LAND)

In den Abendstunden des „Herrentags“ bemerken mehrere Linke, wie plötzlich eine Gruppe von ca. zehn u.a. mit Baseballschläger und weiteren Schlagwerkzeugen bewaffneter Vermummter Parolen rufend auf sie zurennt. Als die Linken nicht wie erwartet fliehen, brechen die Rechten den Angriff ab, versprühen Reizgas und rennen zu bereitstehenden Autos.

10. MAI VOCKERODE (WITTENBERG)

Gegen 0:20 Uhr wird ein 38-jähriger Asylsuchender aus Mali vor einer Flüchtlingsunterkunft von einem Unbekannten rassistisch beleidigt. Nach einer verbalen Auseinandersetzung versetzt der Mann dem Flüchtling einen Faustschlag ins Gesicht. Einem Zeugen gelingt es, den Angreifer festzuhalten. Der Staatsschutz ermittelt wegen Körperverletzung gegen den 32-jährigen Beschuldigten.

25. MAI NIENHAGEN (HARZ)

Am Rande eines Neonazikonzertes wird ein Fotograf gegen 17:00 Uhr von einem Rechten beleidigt und gegen den Arm geschlagen. Die gerufene Polizei zögert, die Personalien des Angreifers aufzunehmen, so dass dieser unbehelligt auf das Konzertgelände gelangt. Kurz danach wird derselbe Fotograf von einem weiteren Konzertbesucher massiv in den Rücken gestoßen. In der Nähe stehende Polizeibeamte reagieren erst, als sie durch Beobachter_innen angesprochen werden. Der Betroffene erleidet ein Hämatom am Rücken. Während des Konzerts mit ca. 1200 Besucher_innen werden weitere Journalist_innen bedroht und beleidigt.

28. MAI KÖTHEN (ANHALT- BITTERFELD)

Auf dem Heimweg wird ein 32-jähriger Student kurz nach 20:00 Uhr plötzlich von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Ihm gelingt es, sich in einen Döner-Imbiss zu flüchten, von wo aus die Polizei alarmiert wird. Der Staatsschutz ermittelt u.a. wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung gegen einen polizeibekanntem 22-Jährigen.

**AUF DER WEBSITE
WWW.MOBILE-
OPFERBERATUNG.DE
FINDEN SICH WEITERE
ANGRIFFE UND EINE
AUSFÜHRLICHE FAS-
SUNG DER CHRONIK.**

der Palisadenburg Platz für bis zu 120 Personen. Daneben gibt es u.a. eine Open-Air-Bühne, eine Freiluftküche, eine große Wiesenfläche mit Basketballplatz und Tischtennisplatte sowie gut ausgestattete Übernachtungsmöglichkeiten für bis zu 40 Besucher_innen.

PETITION GEGEN HOMOPHOBIE

Um das Problembewusstsein in der Region zu schärfen und politisch Verantwortliche zum Handeln zu bewegen hat die Schmiede eine Petition gegen Homophobie initiiert, die noch bis zum 10. August unterzeichnet werden kann. Darin wird der Landkreis u.a. aufgefordert offenzulegen, in welcher Form er künftig gegen Homophobie an den Schulen und sonstigen pädagogischen Einrichtungen themenspezifisch vorzugehen gedenkt.

Ab Ende Juli diesen Jahres findet jeden letzten Sonntag im Monat von 15 bis 18 Uhr eine kostenfreie „Patchwork-Kaffee-Tafel“ auf dem Vereinsgelände statt. Betroffene aller Couleur sind – gerne auch mit Angehörigen oder Freund_innen – zum gemütlichen Austausch und Kaffeetrinken eingeladen. Der „Feuerball“ soll auch im kommenden Jahr wieder stattfinden. In 2014 begeht die Schmiede zudem ihr 20-jähriges Bestehen. ■

Weitere Informationen & die Petition sind unter www.die-schmiede-ev.de zu finden.

„ALLEINE WÜRDE ICH NICHT AUF S LAND ZIEHEN“

Schwul-lesbisches Leben auf dem Lande ist wenig sichtbar, viele Schwule, Lesben und Transgender machen sich lieber auf den Weg in die Stadt. Thomas und Michael (Namen geändert) haben den umgekehrten Weg gewählt. Der Gastronom und der Sozialpädagoge wohnen seit einigen Jahren in einem Dorf in der Altmark. Wir haben mit ihnen über Alltag, Diskriminierungen und die Ruhe des eigenen Gartens gesprochen.

Während ihr euch entschieden habt, aufs Land zu ziehen, habt ihr euch da Gedanken über mögliche Diskriminierungen gemacht?

Thomas: Ich hatte nie Probleme, vorher nicht und hier auch nicht. Aber ich bin auch nie mit der Handtasche durchs Dorf gelaufen oder habe ein Kleidchen angezogen.

Michael: Aber du hattest schon Bedenken, zum Beispiel, wenn wir zusammen in den Supermarkt gegangen sind und du dir Sorgen gemacht hast, dass ich „Schatz“ hinter dir her rufe (Beide lachen). Im Ernst, wir hatten den Umzug schrittweise geplant, auch falls es zu starke Anfeindungen gegeben hätte. Zunächst habe ich meinen Job angefangen und Thomas ist in der Stadt geblieben. Als es nach einem halben Jahr gut lief, haben wir uns entschieden ein Haus zu kaufen und für Thomas einen Arbeitsplatz zu suchen.

Wie haben eure Freund_innen und Bekannten aus der Stadt auf eure Ankündigung reagiert?

Thomas: Meine Freunde haben mich beglückwünscht, weil sie wussten wie sehr ich es liebe hier zu sein. Wir haben hier einen Ruhepunkt gefunden, nicht nur für uns, auch für unsere Freunde.

Michael: Wir haben einen gemischten Freundeskreis, die meisten haben unseren Schritt befürwortet. Bekannte aus der Szene haben eher ablehnend reagiert. Dahinter steht sicher auch versteckte Angst vor Diskriminierung, aber hauptsächlich vor Verlust von Freizeitgestaltung. Auf dem Land hast du einfach nicht die gleichen Angebote wie in der Stadt.

Vermisst ihr keine sozialen Aktivitäten?

Thomas: Nein, wenn wir Trubel wollen, gehen wir für zwei Tage in die Großstadt und können danach sagen: Gott sei Dank, wir sind wieder zu Hause. Wir sind ja auch beide schon über 40.

Michael: Für junge Menschen ist die Stadt dagegen elementar wichtig. Ich kann nur empfehlen zumindest für eine Weile in die Stadt zu gehen, um unter seinesgleichen die Vielfalt zu erleben. Denn während des Coming Out muss ich ja erst ausprobieren, ob es mir Spaß macht, mit Männern erotische Beziehungen zu haben. Hier auf dem Land ist das schwierig.

Habt ihr Strategien im Umgang mit möglichen Diskriminierungen?

Michael: Bei der Arbeitsstelle von Thomas waren wir sehr offensiv. Ich bin dort zum Essen hingegangen und habe Blumen mitgebracht. Damit habe ich mich bedankt, dass er den Job bekommen hat, weil wir nun endlich zusammenleben können. Ziel der Aktion war, über diese Geste klarzustellen, dass Thomas und ich ein Paar sind.

Und bei deinem Job?

Michael: Ich arbeite mit Jugendlichen zusammen, da ist das anders. Deshalb hatte ich mir vorher bereits berufliche Alternativen überlegt, falls die Beleidigungen zu stark werden. Durch meinen Plan B ist es mir gelungen, die Situation psychisch durchzuhalten.

Habt ihr das Gefühl, dass schwul-lesbisch sein auf dem Land überhaupt Thema ist?

Thomas: Generell würde ich sagen, spielen die Medien eine wichtige Rolle. Jetzt, da es genügend Schwule im Fernsehen gibt, gibt es Ansatzpunkte darüber zu reden. Die Leute hier können mitreden: unsere zwei sind doch ganz nett, die grüßen und haben so einen schönen Garten, er mäht den Rasen, aber das Unkraut könnt er mehr wegmachen (lacht). Wir sind anfassbar geworden.

Wenn ihr über eure Entscheidung, aufs Land zu gehen nachdenkt, habt ihr Tipps für andere gleichgeschlechtliche Paare?

Michael: Die beste Voraussetzung ist eine stabile Beziehung, alleine würde ich auf keinen Fall aufs Land ziehen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Eine Langfassung des Interviews finden Sie unter: www.mobile-opferberatung.de



SOLIDARITÄT HILFT

Unbürokratische Hilfe stellt der „Opferfonds für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der nach dem rassistischen Mord an dem ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter Alberto Adriano im Stadtpark von Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten hunderte Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen.

Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre und Eure Hilfe.

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft
Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53
BLZ: 810 205 00

CSD IN SACHSEN-ANHALT: FÜR GLEICHE RECHTE!

In Magdeburg und Halle findet auch in diesem Jahr wieder der Christopher Street Day (CSD) statt. Für den 17. August sind in Magdeburg eine Parade und ein Straßenfest geplant. In der Woche vom 9. bis 18. August wird es zudem zahlreiche Veranstaltungen geben.



FOTO: CSD MAGDEBURG 2012 BY EOS WERBEATELIER

Das Motto in diesem Jahr: „Öffnung der Ehe jetzt! Gleiche Rechte für gleiche Liebe!“ Zu diesem Thema veranstaltet das Frauenzentrum Courage am 15. August eine Podiumsdiskussion mit Sachsen-Anhalts Spitzenkandidat_innen zur Bundestagswahl: „Ehe für ALLE! Aber wann?“. Einen besonderen Abend verspricht die Vorführung des Films „Unter Männern – Schwul in der DDR“ am 9. August in den Lichtspielen Magdeburg. Denn schwul sein war in der DDR kein Thema. Zum ersten Mal fragt ein Film, wie Schwule in der DDR gelebt haben. Am 12. August gibt es zudem die Gay- and Lesbian Filmmacht im Cinemaxx Magdeburg mit den Filmen „Bound-Gefesselt“ und „Parada“. **Infos zum CSD in Magdeburg: www.csdmagdeburg.de**

Am 7. September veranstalten das Begegnungs- und Beratungszentrum „lebensart“ e.V. und die AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e. V. den CSD in Halle. Dort gibt es unter dem Motto „Mehrheit für Vielfalt“ von 11 bis 18 Uhr das CSD-Straßenfest mit Bühnenprogramm, unter anderem mit Kabarett mit Holger Edmaier, der Band „ZeitNah“ und der Berliner Band „Die Kusinen“. Bei einer Politik-Runde werden Bundestagskandidat_innen befragt, denn zwei Wochen vor der Wahl soll „ein kraftvolles Zeichen für die Akzeptanz und Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen ausgesendet werden“, so die Veranstalter. Die CSD-Abschlussparty findet am 7. September ab 22 Uhr in der „Theatrale“ statt. Auch in Halle sind in der Woche vor dem CSD-Straßenfest verschiedene Veranstaltungen geplant. **Infos zum CSD in Halle: <http://www.bbz-lebensart.de>**

BUCHTIPP: EINE FAMILIE VON GEZEICHNETEN

Alison Bechdel nähert sich in der autobiographischen Graphic Novel (komplexer Comic) „Fun Home“ ihrem Verhältnis zum oft als abwesend empfundenen Vater sowie ihrer eigenen Sexualität während ihrer Kindheit und Jugend in den ländlichen USA der 1970er und 80er Jahre. Während der Vater trotz Strenge und Brutalität in vielen Punkten weiblich konnotierte Interessen zeigt, ist die Tochter an diesen wenig interessiert, eine Annäherung der beiden gestaltet sich schwierig. Sie ist 19, als ihr Vater durch einen mysteriösen Unfall stirbt, nachdem er sich gegenüber der mittlerweile studierenden lesbischen Aktivistin Alison als schwul geoutet hatte. Bechdel zeichnet ein atmosphärisch dichtes, liebevoll-empathisches Portrait ihrer Familie, eingebettet in die gemeinsam verehrte Literatur und die teilweise neu interpretierten Erinnerungen aus ihren Tagebüchern.

Alison Bechdel (2008): Fun Home – Eine Familie von Gezeichneten. Kiepenheuer & Witsch, 240 Seiten, ISBN 978-3-462-03933-1, 19,95 €.

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

- ▶ **Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.**
- ▶ **Wir sind unabhängig und parteilich.**
- ▶ **Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.**
- ▶ **Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.**

SALZWEDEL

Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 44 67 10
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE

Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de